

Antrag 28/I/2026**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln**

1 Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind
2 strukturelle Missstände in Ostdeutschland noch präsent.
3 Nicht nur bei denen, die diese Umbruchsphase hautnah
4 erlebt haben, sondern auch bei deren Nachkommen und
5 den sogenannten Wendekindern.
6 Bis heute sind viele ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und
7 Lebensbiografien von struktureller Abwertung betroffen.
8 Abschlüsse aus der DDR, langjährige Berufserfahrung so-
9 wie Erwerbsverläufe, die durch die Transformation nach
10 1990 geprägt wurden, gelten bis heute häufig als de-
11 fizitär, erklärungsbedürftig oder minderwertig. Dies ist
12 vor allem durch die fehlende staatliche Anerkennung von
13 ostdeutschen Berufs- und Bildungsabschlüssen vor 1989,
14 aber auch durch gesellschaftliche Abwertung geprägt. So
15 konnten Personen aus Ostdeutschland nach der Wende
16 oft nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten bzw. mussten ei-
17 ne erneute (Berufs-)Ausbildung durchführen, um einen
18 anerkannten Abschluss zu erreichen. Diese Abwertung
19 wirkt nicht nur symbolisch, sondern hat konkrete sozia-
20 le Folgen: geringere Einkommen, schlechtere Eingruppie-
21 rungen, eingeschränkte berufliche Aufstiegsmöglichkei-
22 ten und schlussendlich niedrigere Renten.
23 Auch wenn ostdeutschen Frauen (Daten für TIN*-
24 Personen liegen nicht vor) eine höhere Wochenarbeits-
25 zeit, Erwerbsquote und auch durchschnittliche Rente
26 im Vergleich zu westdeutschen Frauen haben, kann
27 dies nicht auf die Anerkennung von ostdeutschen Bil-
28 dungsabschlüssen zurückgeführt werden. Die Gründe
29 für diese höheren Erwerbsquote ist bspw. Auf die bes-
30 sere Kinderbetreuung oder die niedrigeren Einkommen
31 zurückzuführen, welche die Beteiligung von Frauen am
32 Arbeitsmarkt notwendig macht. In der DDR war der große
33 Teil der Frauen erwerbstätig, was sich heutzutage in den
34 höheren Renten der ostdeutschen Frauen zeigt.
35 Für viele Frauen brachte die Wiedervereinigung einen gro-
36 ßen Bruch der Erwerbsbiografie und Arbeitslosigkeit mit
37 sich. Der deutlich kleinere Arbeitsmarkt in Ostdeutsch-
38 land nach 1989/90 orientierte sich am westdeutschen Fa-
39 milienbild und bot vor allem Arbeitsplätze für Männer
40 an. Bis heute liegt die Erwerbsquote von Frauen in Ost-
41 deutschland unter denen der DDR.
42 Die massiven Umbrüche der Nachwendezeit – Betriebs-
43 schließungen, Massenarbeitslosigkeit, Entwertung gan-
44 zer Berufsfelder und erzwungene Neuorientierungen –
45 waren keine individuellen Fehlentscheidungen, sondern
46 das Ergebnis politischer und ökonomischer Transfor-
47 mationsprozesse. Diese Transformationsprozesse wurden

48 maßgeblich durch die Privatisierungs- und Abwicklungs-
49 politik der Treuhandanstalt geprägt, deren Entscheidun-
50 gen Millionen Beschäftigte betrafen und ganze Industrie-
51 zweige in Ostdeutschland nachhaltig veränderten. Den-
52 noch werden ostdeutsche Biografien bis heute oft an
53 westdeutschen Normalverläufen gemessen. Wer diesen
54 Maßstab nicht erfüllt, gilt als „unterbrochen“, „nicht an-
55 schlussfähig“ oder „unzureichend qualifiziert“.
56 Diese Perspektive verkennt die tatsächlichen Kompeten-
57 zen, Anpassungsleistungen und Erfahrungen vieler Ost-
58 deutscher. Sie ignoriert langjährige Berufspraxis, Ver-
59 antwortungsübernahme unter schwierigen Bedingungen
60 und die Fähigkeit, sich mehrfach neu zu orientieren.
61 Gleichzeitig reproduziert sie soziale Ungleichheit und
62 trägt zu einem Gefühl dauerhafter Geringschätzung bei.
63 Tatsächlich sind es genau diese Erfahrungen, die teilwei-
64 se zu den starken Wahlergebnissen populistischer und
65 rechtsextremer Parteien wie der AfD in Ostdeutschland
66 beigetragen haben.
67 Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht allein
68 über Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung erreicht
69 werden. Sie setzen voraus, dass Lebensleistungen aner-
70 kannt, Abschlüsse respektiert und Biografien nicht syste-
71 matisch entwertet werden. Anerkennung ist dabei nicht
72 nur eine Frage des Arbeitsmarktes, sondern auch der ge-
73 sellschaftlichen Würde und eines demokratischen Selbst-
74 verständnisses.
75 Eine gerechte Gesellschaft muss deshalb ostdeutsche
76 Bildungs- und Erwerbsbiografien strukturell anerkennen,
77 statt sie weiterhin nachträglich zu korrigieren oder zu re-
78 lativieren.
79 Ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien
80 müssen gleichwertig anerkannt und behandelt werden.
81 Abschlüsse, Berufserfahrung und Transformationsleistun-
82 gen aus der DDR und der Nachwendezeit dürfen weder
83 formal noch faktisch benachteiligt werden. Anerkennung
84 ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesell-
85 schaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokrati-
86 sche Institutionen.

87
88 **Wir fordern daher:**

- 89
90 • ... dass ostdeutsche Bildungs- und Berufsabschlüsse
91 vor 1989 als gleichwertig anerkannt werden und
92 bestehende Anerkennungs- und Bewertungsver-
93 fahren vereinfacht, kostenlos, transparenter und
94 bundesweit einheitlich ausgestaltet werden. Ab-
95 schlüsse aus der DDR dürfen nicht pauschal als
96 minderwertig behandelt oder durch überzogene
97 Nachweispflichten faktisch entwertet werden.
98 Anerkennungs- und Bewertungsverfahren sollen
99 kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
100

- ... dass langjährige Berufserfahrung als eigenständige Qualifikation nachwirkend anerkannt wird, insbesondere bei Einstufungen im öffentlichen Dienst, bei tariflichen Eingruppierungen und bei beruflichen Anerkennungsverfahren. Praktische Kompetenz darf nicht systematisch hinter formalen Titeln zurückstehen.
- ... dass Anerkennung nicht auf den Arbeitsmarkt begrenzt bleibt, sondern auch gesellschaftlich und institutionell erfolgt. Ostdeutsche Biografien dürfen in Verwaltung, Medien, Bildung und öffentlicher Kommunikation nicht länger als defizitär oder erklärungsbedürftig dargestellt werden.
- ... dass ostdeutsche Diskriminierungserfahrungen als reales gesellschaftliches Phänomen anerkannt und systematisch erfasst werden, um strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu machen und politisch adressieren zu können. Dazu gehören auch Benachteiligungen aufgrund ostdeutscher Herkunft oder Biografie.
- ... dass gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit rentenrechtlich gerechter bewertet werden, insbesondere Zeiten von Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen und erzwungener beruflicher Neuorientierung in den 1990er-Jahren, weil viele Betroffene Nachteile aus Entscheidungen erlitten, die sie nicht beeinflussen konnten. Wir fordern daher eine feste monatliche Zuzahlung zur gesetzlichen Rente. Als Vorbild soll die Zuwendung nach § 17a StrRehaG dienen. Dieses Gesetz regelt die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen der ehemaligen DDR. Hierdurch wird Unrecht anerkannt, und bei einer rechtsstaatswidrigen Freiheitsentziehung von mehr als 90 Tagen – z. B. aufgrund einer Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenzübertritts – wird eine monatliche Zuzahlung zugestanden. Diese Zuzahlung soll einkommensunabhängig ausgezahlt und entsprechend dem Prozentsatz angepasst werden, um den aktuellen Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verändern. Transformationszeiten dürfen nicht dauerhaft zu Altersarmut führen.
- ... dass auch die zweite Generation ostdeutsch sozialisierter in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsmilieus im Bildungs- und Ausbildungssystem abgebaut und Chancengerechtigkeit gestärkt werden. Die sozialen Folgen der Transformation enden nicht mit einer Ge-

154 neration.

155

156 • ... dass auch die zweite Generation ostdeutscher
157 Familien in den Blick genommen wird, indem Vor-
158 urteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsbiogra-
159 fien in Schule, Öffentlichkeit und Medien abgebaut,
160 ostdeutsche Biografien als gleichwertig anerkannt
161 und Chancengerechtigkeit statt Stigmatisierung ge-
162 stärkt werden.

163

164 • ... dass Tarifbindung und damit gewerkschaftliche
165 Arbeit anerkannt wird als ein wichtiger Teil zur
166 Schließung der Ost-West-Lohnlücke.

167

168 Heutige Schul- Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse
169 unterliegen deutschlandweit denselben Regelungen und
170 Prüfungsordnungen. Während die rechtliche Anerken-
171 nung heutiger Abschlüsse also gesichert ist, besteht wei-
172 terhin gesellschaftlicher und struktureller Nachholbedarf.
173 Vor allem die teilweise bis heute erhaltenen stereoty-
174 pen Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber ostdeut-
175 schen sozialisierten Bildungsbiografien gehören endgül-
176 tig abgebaut. Denn dass diese negativen Vorurteile sach-
177 lich nicht gerecht sind, zeigt sich bereits in der heutigen
178 Zeit. So zählt Sachsen zu den leistungsstärksten Bildungs-
179 standorten.

180 Die echte Anerkennung ostdeutscher Abschlüsse ist al-
181 so nicht nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern ein
182 zwangsläufiger Schritt hin zur vollständigen Herstellung
183 der Chancengleichheit und gesellschaftlicher Wertschät-
184 zung.

185 Gleichwertigkeit bedeutet mehr als formale Gleichstel-
186 lung. Sie bedeutet, dass Lebensleistungen anerkannt, Bio-
187 grafien respektiert und strukturelle Benachteiligungen
188 korrigiert werden. Solange ostdeutsche Abschlüsse ent-
189 wertet, Berufserfahrungen relativiert und Transformati-
190 onsleistungen unsichtbar gemacht werden, bleibt die Ein-
191 heit unvollständig. Anerkennung ist kein Rückblick, son-
192 dern eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesell-
193 schaftlichen Zusammenhalt und demokratische Zukunft.
194 Für uns heißt Anerkennung, dass die Einheit nicht nur in-
195 stitutionell, sondern gesellschaftlich vollzogen wird.